

Stellungnahme der Verwaltung auf schriftliche Anträge und Schreiben von Gemeinderatsmitgliedern und Fraktionen (inkl. der zugehörigen Anträge)

Anträge

I). Um Kenntnisnahme wird gebeten

- Bericht über die Entwicklung einer agilen APP für Sehenswürdigkeiten in Zusammenarbeit mit der UNT.
- Bericht über die Ergänzung des Bürgerinformationssystems im Hinblick auf Anfragen des Gemeinderats.
- über die begonnene elektronische Archivierung zur Konservierung von Wissen & historischen Unterlagen nach GD 175/15.
- Bericht zur Überlassung von Haushaltsdaten als Haushaltsplan und als Rohdaten zur Visualisierung für Dritte.

II). Die Verwaltung wird beauftragt,

- die Entwicklung zu den verschiedenen internetbasierten Kommunikationsformaten zu kommunalen Gremiensitzungen und die Erfahrungen anderer Städte zu beobachten und ggf. dem Gemeinderat zu berichten.
- im Rahmen des Projektes ulm 2.0 und der zentralen Öffentlichkeitsarbeit ein Konzept für ein Bürgerbeteiligungsportal zu erarbeiten und dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.
- ein Konzept für ein Anliegenmanagement zu erarbeiten und dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.
- in einer der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses zum Stand der Breitbandversorgung zu berichten.
- nach Abschluss des laufenden WLAN Projekts für ausgewählte innerstädtische Plätze im Hauptausschuss zu berichten und Vorschläge über eine Erweiterung des Angebots zu unterbreiten.
- im Rahmen des Projektes ulm 2.0 die Auslobung eines Wettbewerbs für kreative IT-Anwendungen zu prüfen.
- Die Stadt Ulm veröffentlicht wie bisher ausschließlich öffentliche Beschlüsse der gemeinderätlichen Gremien.
- in einer der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses über den Stand der Projekte "Augmented Reality" zu berichten.
- über Erfahrungen anderer Städte mit eigenen Informationsfreiheitsgesetzen zu berichten und einen Entwurf einer Informationsfreiheitsgesetzgebung für die Stadt Ulm zu erstellen und dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen (vgl. Anlage 3).

Antrag		Antwort Verwaltung	Thema	Vorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag / Antwort
Nr.	vom	vom			
148/2014	28.08.14	10.11.14	Tourismus-App	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme um den Bericht über die Entwicklung einer agilen APP für Sehenswürdigkeiten in Zusammenarbeit mit der UNT.
163/2014	23.09.14	10.11.14	Live-Stream	Auftrag	Entwicklung zu den verschiedenen internetbasierten Kommunikationsformaten zu kommunalen Gremiensitzungen und die Erfahrungen anderer Städte zu beobachten und ggf. dem Gemeinderat zu berichten.
170/2014	02.10.14	ausstehend	Transparenz über die Ratsarbeit	Auftrag	Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Projektes ulm 2.0 und der zentralen Öffentlichkeitsarbeit ein Konzept für ein Bürgerbeteiligungsportal zu erarbeiten und dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung.
004/2015 045/2015	20.01.15 13.03.15	17.03.15 ausstehend	Mängelmelder Online-Petition	Auftrag	Ein Konzept für ein Anliegenmanagement zu erarbeiten und dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.
052/2015	24.03.15	ausstehend	Elektronisches Anfragearchiv	Kenntnisnahme	Bericht über die Ergänzung des Bürgerinformationssystems im Hinblick auf Anfragen des Gemeinderats.
070/2015	24.04.15	ausstehend	Elektronische Archivierung	Kenntnisnahme	über elektronische Archivierung zur Konservierung von Wissen & historischen Unterlagen nach GD 175/15.
070/2015	24.04.15	ausstehend	Breitband- Internet	Auftrag	Die Verwaltung wird beauftragt, in einer der nächsten Sitzung des Hauptausschusses zum Stand der Breitbandversorgung zu berichten.
070/2015	24.04.15	ausstehend	WLAN / Zugang zu Bürgerzentren	Auftrag	Nach Abschluss des laufenden WLAN Projekts für ausgewählte innerstädtische Plätze im Hauptausschuss zu berichten und Vorschläge über eine Erweiterung des Angebots zu unterbreiten.
070/2015	24.04.15	ausstehend	Preis für kreative Anwendungen	Auftrag	Im Rahmen des Projektes ulm 2.0 die Auslobung eines Wettbewerbs für kreative IT-Anwendungen zu prüfen.
070/2015	24.04.15	ausstehend	Elektronischer Newsletter	Kenntnisnahme	Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung eines städtischen elektronischen Newsletter zu prüfen und dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.
070/2015	24.04.15	ausstehend	Schriftliche Protokolle	Kenntnisnahme	Die Stadt Ulm veröffentlicht wie bisher ausschließlich öffentliche Beschlüsse der gemeinderätlichen Gremien.
070/2015	24.04.15	ausstehend	Partizipation / Augmented Reality	Auftrag	Die Verwaltung wird beauftragt, in einer der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses über den Stand der Projekte "Augmented Reality" zu berichten.
076/2015	28.04.15	ausstehend	Erstellung einer Informationsfrei heitssatzung	Auftrag	Die Verwaltung wird beauftragt, über Erfahrungen anderer Städte mit eigenen Informationsfreiheitsatzungen zu berichten und einen Entwurf einer Informationsfreiheitsatzung für die Stadt Ulm zu erstellen und dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.
078/2015	05.05.15	ausstehend	Haushaltsdaten	Kenntnisnahme	Bereitstellung der Haushaltsdaten nach der Genehmigung des Haushaltes. Bereitstellung des visualisierten Haushalts auf Internetplattformen durch die jeweiligen Internetseitenbetreiber/Drittanbieter auf Basis der bereitgestellten Rohdaten - nicht durch die Stadt Ulm.

Antrag Nr. 148/2014	Antrag vom 28.08.2014	Antwort vom 10.11.2014	Thema Tourismus-App
-------------------------------	---------------------------------	----------------------------------	-------------------------------

Sachverhalt:

Entwicklung einer agilen APP für Sehenswürdigkeiten in Zusammenarbeit mit der UNT.

Stellungnahme der Verwaltung:

Eine mobile Lösung zur Darstellung touristisch interessanter Inhalte und Wegpunkte befindet sich in der Umsetzung. Lösung ist eine Kombination mobiler Inhalte für Webseiten und einer Anbindung an die „sQRibe“-App englischer und deutscher Sprache. Die Umsetzung findet durch die UNT in Abstimmung mit den zuständigen städtischen Fachabteilungen statt.

Beschlussvorschlag: Kenntnisaufnahme um den Bericht über die Entwicklung einer agilen APP für Sehenswürdigkeiten in Zusammenarbeit mit der UNT.

Antrag Nr. 163/2014	Antrag vom 23.09.2014	Antwort vom 10.11.2014	Thema Live-Streaming
-------------------------------	---------------------------------	----------------------------------	--------------------------------

Sachverhalt:

Prüfung der Möglichkeiten eines Live-Streaming von Ratssitzungen, der technischen Umsetzung, der rechtlichen Voraussetzungen, der Einrichtungs- und Betriebskosten, der Möglichkeiten zur Verwendung von Open Source Software

Stellungnahme der Verwaltung:

Mit Live-Stream aus Sitzungen der Gemeinderatssitzungen soll Internetnutzern die Gelegenheit gegeben werden, über diesen Kanal diese Sitzungen verfolgen zu können.

Verschiedene Städte experimentieren mit diesem Kommunikationsformat. Räumliche, technische, finanzielle und datenschutzrechtliche Rahmenbedingungen sind zu beachten.

Grundsätzlich stehen verschiedene Kommunikationsformate zur Verfügung:

1. Audio O-Töne, Video-Statements: kurze Originalstatements
2. Audio Podcast: Bereitstellung der Gemeinderatssitzung als Audiodatei
3. Videolivestreaming: feststehende Kameras, welche die Sitzung 1:1 in das Internet übertragen.
4. Livestream aufbereitet: Dynamische Bildführung und zeitversetzte Bereitstellung ggf. gekürzt im Internet.

Solche Kommunikationsformate verändern die kommunalpolitische Kultur maßgeblich. Bisher sind die Akteure einer Gemeinderatssitzung Gemeinderäte, Verwaltung, Medienvertreter und Besucher persönlich im jeweiligen Sitzungsort zur gleichen Zeit anwesend. Dies prägt die Sitzungskultur. Die Kommunikation würde sich verändern, weil sich - wie aus div. Fernsehformaten bekannt - Beiträge auch nach dem "Fernsehpublikum" ausrichten. Damit sind Grundsatzfragen der kommunalpolitischen Kultur betroffen. Ein Abrücken von der bisherigen aus guten Gründen bestehenden traditionellen Form der Diskussion, bei denen die Akteure

gleichzeitig an einem Ort sind, wird nicht empfohlen.

Gleichwohl ist die Entwicklung und die Erfahrung anderer Städte weiter zu beobachten und ggf. zu einem späteren Zeitpunkt zu beraten.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Entwicklung zu den verschiedenen internetbasierten Kommunikationsformaten zu kommunalen Gremiensitzungen und die Erfahrungen anderer Städte zu beobachten und ggf. dem Gemeinderat zu berichten.

Antrag Nr.	Antrag vom	Antwort vom	Thema
170/2014	02.10.2014	ausstehend	Abgeordnetenwatch.de Erweiterung Ratsinformationssystem

Sachverhalt:

Bürgerinnen und Bürgern sollte die Möglichkeit gegeben werden, durch öffentliche Fragen am politischen Alltag teilzunehmen. Es soll geprüft werden, ob dies durch eine Erweiterung des Ratsinformationssystem oder die Dienstleistungsplattform Abgeordnetenwatch.de ermöglicht werden kann.

Stellungnahme der Verwaltung:

Abgeordnetenwatch.de bietet als Plattform den Bürgern die Möglichkeit, Fragen und Antworten an Politiker zu stellen. Diese beantworten die Fragestellungen öffentlich im Internet. Das Angebot hat sich in Bezug auf die Kommunikation zwischen Politikern und Bürgern zumindest auf der Bundesebene etabliert. Dennoch wird es vor allem auf der kommunalen Ebene nur in wenigen Kommunen eingesetzt.

Teilhabe der Bürgerschaft an der lokalen Politik zu fördern ist ein großes Potenzial der Neuen Medien. Immer mehr Kommunen bedienen sich neben projektorientierter Lösungen einem zentralen Bürgerbeteiligungsportal, ergänzend zu den weiteren Kommunikationskanälen, welche zentral angeboten werden.

Voraussetzung für die Etablierung ist die Erarbeitung eines Konzepts, weil dadurch die Kommunikation aller kommunalpolitischen Akteure (Fraktionen, Verwaltungsführung, etc.) verändert und ggf. weiterentwickelt wird.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Projektes ulm 2.0 und der zentralen Öffentlichkeitsarbeit ein Konzept für ein Bürgerbeteiligungsportal zu erarbeiten und dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Antrag Nr.	Antrag vom	Antwort vom	Thema
004/2015	20.01.2015	17.03.2015	Anliegenmanagement
045/2015	13.03.2015	ausstehend	Online-Petition

Sachverhalt:

Mit Hilfe eines Mängelmelders soll Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, sich in die Belange der Menschen vor Ort einzubringen. Im Internet sollen Bürgerinnen und Bürger Ihre Wünsche und Anregungen formulieren können.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Anliegenmanagement ist eine Ergänzung der konzeptionellen Idee eines Bürgerbeteiligungsportals, das beispielsweise Beschwerden, Mängel, Anregungen und

Stellungnahmen zu bestimmten Anliegen in einem bestenfalls medienbruchfreien Prozess transparent für alle in die Verwaltung einspeist. Mit einem Serviceversprechen erhalten die Eingebenden innerhalb von bspw. 10 Arbeitstagen eine Antwort.

Das Format Online Petition ist Teil eines Anliegenmanagement.

Solche Angebote gibt es bereits in verschiedenen Städten, oftmals auch unter dem Begriff Mängelmelder, teilweise nur für bestimmte Anliegen (Schlaglochmelder). Dieses Angebot wird sich mit Sicherheit in künftigen Jahren zu einem Standardangebot entwickeln. Unternehmen bedienen sich schon heute solcher Werkzeuge (Paketversand, Onlinehändler,...).

Voraussetzung ist eine umfangreiche Ergänzung und auch Veränderung der Geschäftsprozesse und der technischen Ausstattung in der Verwaltung. Deshalb ist es erforderlich, zunächst ein Konzept zur Einführung zu erarbeiten.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für ein Anliegenmanagement zu erarbeiten und dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Antrag Nr.	Antrag vom	Antwort vom	Thema
052/2015	24.03.2014	ausstehend	Elektronisches Anfragearchiv

Sachverhalt:

Es wird gebeten, Anfragen der Fraktionen und die dazu gehörigen Stellungnahmen in maschinenlesbarer Form in ein öffentliches Archiv einzupflegen, ggf. durch eine Erweiterung des Ratsinformationssystems.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das elektronische Anfragearchiv bezieht sich auf Anträge aus den Reihen des Gemeinderats an die Verwaltung. Bereits heute werden die Anträge (einschließlich Antwortschreiben) elektronisch erfasst und über das Amts-Informationssystem (Intranet) und das Gemeinderats-Informationssystem den städtischen Mitarbeitern/innen sowie dem Gemeinderat zur Verfügung gestellt.

Die Verwaltung wird in Kürze diese Informationen, rückwirkend seit Beginn der aktuellen Amtsperiode, in das Bürgerinformationssystem (Internet) ein pflegen. Wie bisher gilt dies nicht für vertrauliche oder andere verpflichtend nicht öffentliche Vorgänge.

Beschlussvorschlag: Kenntnisnahme zum Bericht über die Ergänzung des Bürgerinformationssystems im Hinblick auf Anfragen des Gemeinderats.

Antrag Nr. 070/2015	Antrag vom 24.04.2015	Antwort vom ausstehend	Thema Elektronische Archivierung
-------------------------------	---------------------------------	----------------------------------	--

Sachverhalt:

Es wird beantragt, die begonnene elektronische Archivierung zur Konservierung von Wissen und historischen Unterlagen konsequent umzusetzen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung hat zuletzt mit der Beschlussvorlage der Kulturabteilung vom 26. März 2015, GD 175/15 die Vorgehensweise zur konsequenten Archivierung und Konservierung von Wissen in Stadtarchiv, Museum und Bibliothek behandelt.

Beschlussvorschlag: Kenntnisnahme.

Antrag Nr. 070/2015	Antrag vom 24.04.2015	Antwort vom ausstehend	Thema Breitbandversorgung
-------------------------------	---------------------------------	----------------------------------	-------------------------------------

Sachverhalt:

Es wird beantragt, die Breitbandversorgung in Ulm zu untersuchen und mögliche Versorgungslücken zu schließen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Mit der Internetoffensive 2012 hat die Stadt bereits 2010 die Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm (SWU Telenet) beauftragt, eine flächendeckende Breitbandversorgung sicherzustellen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, in einer der nächsten Sitzung des Hauptausschusses zum Stand der Breitbandversorgung zu berichten.

Antrag Nr. 070/2015	Antrag vom 24.04.2015	Antwort vom ausstehend	Thema Öffentlicher Internet Zugang Öffentliches WLAN
-------------------------------	---------------------------------	----------------------------------	--

Sachverhalt:

Es wird beantragt, für Bürgerinnen und Bürger, die über keinen Internetzugang verfügen, ein öffentliches Angebot zum Beispiel in Bürgerzentren zu schaffen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stadt bietet bereits heute in verschiedenen öffentlichen Gebäuden WLAN an und baut dies weiter aus.

Die Verwaltung setzt darüber hinaus derzeit die Bereitstellung von kostenlosem WLAN in bedeutsamen Plätzen in der Innenstadt um. Vgl. GD 020/13 HA 14.03.2013 für die ausgewählten Standorte Hans- und Sopie-Scholl-Platz, Münsterplatz, Marktplatz sowie Bahnhofsvorplatz. Gast-WLAN im Rathaus (Sitzungssäle und alle anderen Räume) und Umsetzung eines teilöffentlichen WLAN-Konzeptes für das Rathaus speziell für Gäste und Gemeinderäte.

Die Erfahrungen aus diesem Projekt sind wichtige Grundlagen für weitere Ausbauschritte im öffentlichen Raum und in öffentlichen Gebäuden. Darauf aufbauend sollte über weitere Angebote diskutiert werden.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Abschluss des laufenden WLAN Projekts für ausgewählte innerstädtische Plätze im Hauptausschuss zu berichten und Vorschläge über eine Erweiterung des Angebots zu unterbreiten.

Antrag Nr. 070/2015	Antrag vom 24.04.2015	Antwort vom ausstehend	Thema Preis für kreative IT-Anwendungen
-------------------------------	---------------------------------	----------------------------------	---

Sachverhalt:

Vorgeschlagen wird ein Preis für kreative IT-Anwendungen um den Nachwuchs im Bereich Softwareentwicklung und der MINT-Fächer zu fördern.

Stellungnahme der Verwaltung:

Es gibt in Deutschland bereits etablierte Formate, wie beispielsweise App-Wettbewerbe. Das Donaubüro ist mit Partnern beauftragt, für das Annual Forum Donauraumstrategie in Ulm einen App Wettbewerb umzusetzen. Ein solcher Wettbewerb kann dazu dienen, den IT-Standort Ulm zu stärken.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Projektes ulm 2.0 die Auslobung eines Wettbewerbs für kreative IT-Anwendungen zu prüfen.

Antrag Nr. 070/2015	Antrag vom 24.04.2015	Antwort vom ausstehend	Thema Elektronischer Newsletter
-------------------------------	---------------------------------	----------------------------------	---

Sachverhalt:

Einführung eines elektronischen Newsletter der Stadt

Stellungnahme der Verwaltung:

Ein elektronischer Newsletter ist ein Instrument der Öffentlichkeitsarbeit. Dazu legt die Verwaltung mit GD 246/15 in derselben Sitzung einen Bericht vor. Dies kann eine sinnvolle Ergänzung der städtischen Öffentlichkeitsarbeit sein.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung eines städtischen elektronischen Newsletter zu prüfen und dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Antrag Nr. 070/2015	Antrag vom 24.04.2015	Antwort vom ausstehend	Thema Veröffentlichung von Protokollen öffentlicher Sitzungen
-------------------------------	---------------------------------	----------------------------------	---

Sachverhalt:

Die Protokolle von öffentlichen Sitzungen gemeinderätlicher Gremien sollen über schon bestehende Bürgerinformationsseiten zugänglich gemacht werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Bisher werden im Internet direkt nach der jeweiligen Sitzung die Beschlüsse der Sitzung veröffentlicht. Sitzungsprotokolle werden nicht veröffentlicht. Eine Umfrage unter 10 großen

Städten ergab, dass mit Ausnahme von Karlsruhe, Pforzheim und Stuttgart sämtliche dieser Städte keine Protokolle als Kopie im Internet veröffentlichen. Die Verwaltung schlägt vor, an der bisherigen Praxis festzuhalten, keine Gemeinderatsprotokolle eins zu eins im Internet zu publizieren.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Ulm veröffentlicht wie bisher ausschließlich öffentliche Beschlüsse der gemeinderätlichen Gremien.

Antrag Nr. 070/2015	Antrag vom 24.04.2015	Antwort vom ausstehend	Thema Augmented Reality in der Projektkommunikation
-------------------------------	---------------------------------	----------------------------------	---

Sachverhalt:

Das Werkzeug Augmented Reality soll als Kommunikationsmittel für bedeutsame Projekte und Planungen eingesetzt werden. Es soll ein abteilungsübergreifender Einsatzkatalog mit Kostenrahmen vorgelegt werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Mit Hilfe der neuen Technologien und Werkzeuge, zum Beispiel Augmented Reality, lassen sich historische und zukünftige Gegenstände, Personen und Welten bereits jetzt realitätsnah visualisieren. Mittels Smartphone oder neuartigen Brillen kann die Betrachterin und der Betrachter in die virtuelle Welt eintauchen und so eine „Erweiterung“ der analogen Welt erfahren.

Bisherige Einsatzbereiche bei der Stadt Ulm gab es in folgenden Bereichen:

- App: Theater Ulm: Apparition („Erscheinung“) – Mit der Apparition-App lassen sich verschiedene historische Ulmer Persönlichkeiten wieder „zum Leben erwecken“.
- App: Donaufest: Donauflieger – Mit der Donauflieger-App könnte man sich verschiedene Pilotinnen und Piloten aus den Donauländern virtuell auf sein Smartphone holen.
- Oculus Rift: Berblinger (in der Entwicklung) – In einer Pilotierung wird nun eine neue Brille zum Erleben der „virtuellen Realität“ getestet. Die Nutzerin / der Nutzer kann dabei am Rande der Stadtmauer des historischen Ulms einen Flug über die Donau wagen – im originalen Fluggerät von Albrecht Berblinger.
- Oculus Rift: Linie 2 – In Realisierung befindet sich eine Fahrt mit der neuen Linie 2 – Startpunkt ist der neue Citybahnhof, vorbei an den Sedelhöfen, über die Straßenbahnlinie, hinauf in den Science Park III. So lässt sich Zukunft bereits heute erleben.

Die Potenziale in dieser Technik liegen bspw. in der Visualisierung historischer Persönlichkeiten, wie z.B. Berblinger, Einstein, etc., historischer Orte, wie bsp. des Einsteinhauses, zukünftig entstehender Vorhaben: Sedelhöfe, Citybahnhof, Wissenschaftsstadt, neue Baugebiete, neue Fassaden in Baulücken, etc..

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, in einer der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses über den Stand der Projekte "Augmented Reality" zu berichten.

Antrag Nr. 076/2015	Antrag vom 28.04.2015	Antwort vom ausstehend	Thema Informationsfreiheitsatzung
-------------------------------	---------------------------------	----------------------------------	---

Sachverhalt:

Die Erstellung einer Informationsfreiheitsatzung soll geprüft werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Eine kommunale Informationsfreiheitsatzung verspricht dem Bürger einen einfachen und verlässlichen Zugang zu Daten und Informationen aus der Stadtverwaltung. Das geplante Informationsfreiheitsgesetz des Landes Baden-Württemberg, welches die Übersetzung des IFG Bund auf die Landesebene bringen soll, lässt weiter auf sich warten. Verschiedene Kommunen, die in Bundesländern ohne ein eigenes IFG liegen, haben sich durch eine kommunale Satzung beholfen.

Das Informationsfreiheitsgesetz auf Bundesebene regelt den Zugang zu Informationen des Bundes. Es ist am 01.01.2006 in Kraft getreten. Die Art und Form einer möglichen Weiterverwendung der so erhaltenen Informationen ist im Informationsweiterverwendungsgesetz geregelt. Äquivalent zu Informationszugang stehen die Begriffe der Transparenz und der Akteneinsicht. In elf der 16 deutschen Bundesländer existiert ein Informationsfreiheitsgesetz: Brandenburg (1998), Berlin (1999), Schleswig-Holstein (2000), Nordrhein-Westfalen (2002), Bremen (2006), Hamburg (2006), Mecklenburg-Vorpommern (2006), Saarland (2006), Thüringen (2007), Sachsen-Anhalt (2008) und Rheinland-Pfalz (2008).

Ausnahmen sind derzeit Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Sachsen. Ist kein IFG auf Landesebene erlassen, können die Inhalte durch die Kommunen in eigenen Satzungen beschlossen werden. Dies ist vor allem in Bayern häufiger der Fall.

In der Anlage 3 ist ein möglicher Satzungsentwurf basierend auf verschiedenen Beispielsatzungen enthalten.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, über Erfahrungen anderer Städte mit eigenen Informationsfreiheitsatzungen zu berichten und einen Entwurf einer Informationsfreiheitsatzung für die Stadt Ulm zu erstellen und dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Antrag Nr. 078/2015	Antrag vom 05.05.2015	Antwort vom ausstehend	Thema Bereitstellung von Haushaltsdaten
-------------------------------	---------------------------------	----------------------------------	---

Sachverhalt:

Beantragt wird (1) die Bereitstellung von Haushaltsdaten nach dem jeweiligen Beschluss des Haushaltes als "Open Data" und (2) die Veröffentlichung dieser Daten auf der Plattform des Projektes "Offener Haushalt".

Stellungnahme der Verwaltung:

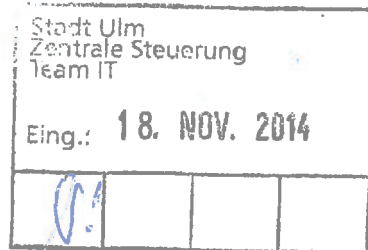
Der kommunale Haushalt ist die finanzwirtschaftliche Grundlage für die Umsetzung von Stadtpolitik. Zum besseren Verständnis des Zahlenwerkes existieren verschiedene Internetplattformen von Fremdanbietern auf denen die Haushaltsdaten einzelner Kommunen visualisiert werden. Diese Formen der Visualisierung, wie beispielsweise die Internetseite <http://offenerhaushalt.de> von der OKF (Open Knowledge Foundation), entwickeln sich zum

Standardangebot. Zur Förderung der Öffentlichkeit stellt die Stadt Ulm derzeit im Internet die Haushaltsdaten auf zwei Wegen bereit: als Haushaltspläne auf der eigenen Internetseite ulm.de (seit 2008) und in der „Rohform“ als Offene Daten (Open Data) (seit 2012).

Beschlussvorschlag:

Kenntnisnahme

- Bereitstellung der Haushaltsdaten nach der Genehmigung des Haushaltes.
- Bereitstellung des visualisierten Haushalts auf Internetplattformen durch die jeweiligen Internetseitenbetreiber/Drittanbieter auf Basis der bereitgestellten Rohdaten - nicht durch die Stadt Ulm.



Stadt Ulm 89070 Ulm

CDU Fraktion
Marktplatz 1
89073 Ulm

10.11.14

ab am 14.11.14 j

**Sprechende Sehenswürdigkeiten - agile Ulm Apps
- Ihr Antrag vom 28.08.2014 - Nr. 148**

Sehr geehrter Herr Dr. Kienle,

vielen Dank für Ihre Anregung agile Ulm-Apps in Zusammenarbeit mit der UNT entwickeln zu lassen. Die Weiter-/Neuentwicklung von Apps ist stadtintern ein laufendes Thema. Am 10.10. fand hierzu ein weiteres Abstimmungsgespräch statt. Wesentliche Ergebnisse waren:

1. Für eine umfassendere Nutzung von agilen Apps mit entsprechenden Multimedia-Inhalten (Film-Clips) ist ein WLAN an den jeweiligen Standorten Voraussetzung, da sonst das Datenvolumen des jeweiligen Nutzers zu schnell erschöpft wäre. Die Ausschreibung der Technik für ein öffentliches WLAN an zentralen Plätzen der Stadt (Marktplatz, Bahnhofsvorplatz, Münsterplatz und Hans- und Sophie-Scholl-Platz) wird derzeit vorbereitet.
2. Um nicht mehrfachen Aufwand für Apps und "normale" Internetseiten zu haben, ist es sinnvoll, "hybride Apps" zu entwickeln, die normale Internetinhalte attraktiv integrieren. Voraussetzung hierfür sind Internetseiten mit sogenanntem "Responsive Design" - wie es im aktuellen Projekt "Technische Migration Internet- und Mitarbeiterportal" umgesetzt werden soll. Mit dem neuen Internet Auftritt und damit verbundenen themenbezogener "Microsites" werden ab Ende 2015 entsprechende Grundlagen vorliegen.
3. Kurzfristig wird die UNT in Zusammenarbeit mit GM an ca. 50 Gebäude QR-Codes anbringen, die über Links zur UNT-Homepage die Möglichkeit geben, genauere Informationen (2-sprachig) zu diesen Sehenswürdigkeiten abzurufen.

Rathaus Marktplatz 1 89070 Ulm
Telefon 0731/161-1000
i.goenner@ulm.de

Zu den Möglichkeiten und groben Kosten für ein größeres Projekt auf Basis der in 1. und 2. genannten Infrastruktur werden wir im Rahmen des für Juni 2015 geplanten Schwerpunktthemas "Digitale Welt in der Kommune" im Gemeinderat berichten.

Mit freundlichen Grüßen

Ivo Gönner



148

Stadt:Ulm
 Zentrale Dienste
 Eing. 29. Aug. 2014
 Tgb.-Nr. 11/172
 Bearb. Stelle

FAX: BMA, 2, 3

ZDIÖA
 UNT
 ZSIT
 FWG
 SPD
 Grüne
 FDP
 Linke
 erledigt
 29.08.14



CDU-Fraktion Ulm - Rathaus - Marktplatz 1 - 89073 Ulm

CDU-Fraktion Ulm
 Rathaus - Marktplatz 1
 89073 Ulm
 Fon: 0731/616720
 Fax: 0731/61209
cdu-fraktion-um@conline.de

Herrn Oberbürgermeister Ivo Gönner

per email

OB, OBIG

OBIG

28.08.2014



Dr. Thomas Kienle



Dr. Ivo Gönner

Sprechende Sehenswürdigkeiten - agile Ulm Apps

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Gönner,

Nicht nur das Ulmer Münster ist in diesem Sommer auf Reisen gegangen und wurde vor einer Vielzahl von Sehenswürdigkeiten fotografiert, auch umgekehrt kann ein Schuh draus werden. In Manchester, so berichtet jüngst der Spiegel, sind Touristen sehr zu ihrem Vorteil von sog. "Talking statues" in 2 Minuten - Beiträgen via Handy OR Codes über Wirken und Geschichte der fokussierten Sehenswürdigkeiten ins Bild gesetzt worden. Nachdem die IT Abteilung der Stadt Ulm bereits erfolgreich eine agile APP zur Kunsthalle Weishaupt mit Mitgliedern des Ulmer Theaters produziert hat, bitten wir in Zusammenarbeit mit der UNT eine erste Reihe von agilen APPS zu Sehenswürdigkeiten der Stadt entwickeln zu lassen, die eine schnelle Information der Besucher und Bürger unserer Stadt ermöglichen.



Dr. Ralf Graf



Wolfgang Lippert



Barbara Albrecht



Siegfried Kappeler



Dr. Bertalan Meitz



Ulrike Schuster



Wolfgang Schmauch

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Thomas Kienle

Stadt Ulm Zentrale Dienste
Eing. 23. Sep. 2014
Tgb.-Nr. II/189
Bearb. Stelle

OB, OBIG

Herrn OB Gönner, per E-Mail
Kopie: an die Medien der Region

Fax: BM 1,2,3
OBIG
ZSIT
ZDIÖA
Fk. FWG
CDU
SPD
FDP
Linke

erl. 23.09.14

OBIG

GRÜNE
Fraktion
Ulm

163

Rathaus, Marktplatz 1
Tel. 0731 161-1096
Fax 0731 161-1097

Öffnungszeiten:
Mo. - Fr. 8:00-12:00 Uhr
und nach Vereinbarung
gruene-fraktion@ulm.de
www.gruene-fraktion-ulm.de

Ulm, 23.09.2014

Live-Streaming von Ratssitzungen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in Zeiten stetig sinkender Wahlbeteiligung und steigender Politikverdrossenheit ist es notwendig, die Politik wieder näher zu den Menschen zu bringen. Diese müssen sich über alle sie betreffenden Angelegenheiten auf möglichst einfache Weise, umfassend und zeitnah informieren können. Ebenfalls stellen Berichterstattungen in den Medien die Diskussions- und Entscheidungsprozesse nur gefiltert und verkürzt dar.

Die Möglichkeit Sitzungen des Stadtrats online via Live-Streaming zu übertragen, kommt dem Interesse und dem Recht der Menschen nach ungefilterter Information in moderner Weise nach. Nur den wenigsten Menschen ist es aufgrund beruflicher, familiärer oder anderer Verpflichtungen zeitlich möglich persönlich an Sitzungen des Stadtrats teilnehmen zu können. Demgegenüber verfügen heute viele Menschen über einen - oftmals sogar auch mobilen - Internetzugang.

Um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass Menschen sich auch an den Folgetagen oder sogar später über die Diskussionen informieren wollen, weil sie beispielsweise erst nach einer Woche vom Thema erfahren haben oder abends keine Zeit haben, soll auch ein späterer Abruf ermöglicht werden. Die Prüfung der Möglichkeit zur Einrichtung eines derartigen Livestreams sowie Angebots zum nachträglichen Abruf soll mit diesem Antrag angestoßen werden.

Die **GRÜNE** Fraktion Ulm³ beantragt deshalb:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie das Live-Streaming der Ulmer Ratssitzungen sowie das dauerhafte Bereitstellen der daraus resultierenden Aufzeichnungen auf www.ulm.de umgesetzt werden kann.

Die Prüfung soll insbesondere zu folgenden Punkten Antworten erarbeiten:

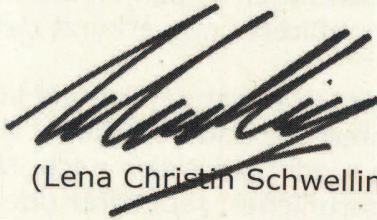
- Technische Umsetzung, insbesondere unter der Prämisse der Beibehaltung der Sitz- und Redeordnung des Rates
- Rechtliche Voraussetzung bzw. mögliche rechtliche Einschränkungen
- Einrichtungs- und Betriebskosten, sowohl bei Durchführung in Eigenregie durch die Verwaltung als auch bei Beauftragung eines externen Dienstleisters, hier insbesondere Anbieter aus dem Großraum Ulm bzw. Alb-Donau-Kreises
- Möglichkeiten zur Verwendung von Open Source Software

Für die Arbeit der Verwaltung bedanken wir uns im Voraus und verbleiben mit freundlichen Grüßen

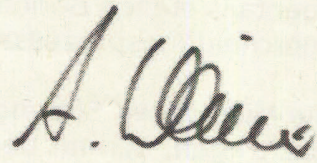
Ihre **GRÜNE** Fraktion Ulm³

D. Niggemeier

(Denise Elisa Niggemeier)



(Lena Christin Schwelling)



(Annette Weinreich)

GRÜNE Fraktion Ulm³

Die Linke im Ulmer Gemeinderat

170

OB/G

Herrn OB Gönner
Rathaus, per E-Mail

Kopie: an die regionalen Medien

Ulm, 02.10.2014

Transparenz über die Ratsarbeit

Stadt Ulm Zentrale Dienste
Eing. 02. Okt. 2014
Tgb.-Nr. 11/196
Bearb. Stelle

OB, OB/G

FAX: BMA 2, 3
OB/G
2S/T
2D
FWG
CDL
SPD
FDP
erledigt
06.10.14
OK

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

den BürgerInnen sollte die Möglichkeit gegeben werden, durch öffentliche Fragen am politischen Alltag teilzunehmen.

Das könnte leicht durch ein unkompliziertes Eingabeformular auf der Website der Stadt Ulm erfolgen, im Rahmen dessen BürgerInnen die Stadträte öffentlich befragen können. Diese haben wiederum die Möglichkeit ebenso öffentlich zu antworten.

Dabei sollte eine Moderation von der Stadt Ulm gegeben sein, damit nur Fragen veröffentlicht werden, die weder Fragen zu Privatleben, Beleidigungen oder Massenfragen zulassen.

Jede Amtsträgerin und jeder Amtsträger erhält selbstverständlich Nachricht über sämtliche sie oder ihn betreffende Vorgänge.

Wir beantragen daher:

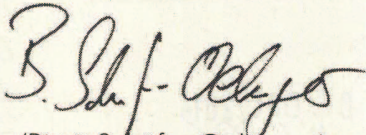
Die Verwaltung wird beauftragt, das Ratsinformationssystem zu erweitern um diese Anfragen zu bearbeiten und darzustellen. Bereits jetzt sind die einzelnen Daten der Gemeinderatsmitglieder hinterlegt.

Alternativ bietet bereits die Plattform www.abgeordnetenwatch.de diesen kostenpflichtigen Service unter den oben genannten Anforderungen an.

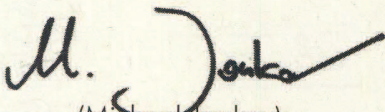
Die Verwaltung soll dabei abwägen ob ein eigenes System sinnvoll ist oder ob auf die bereits bestehende Plattform www.abgeordnetenwatch.de zurück gegriffen werden soll

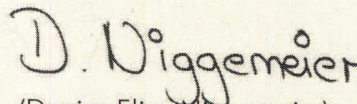
Wir bitten Sie, die Prüfung zeitnah durchzuführen und eine Vorberatung im zuständigen Ausschuss durchzuführen. Gleichzeitig beantragen wir im Sinne des §23 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Gemeinderats, noch im laufenden Jahr einen Beschluss im Gemeinderat herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen


(Birgit Schäfer-Oelmayer)

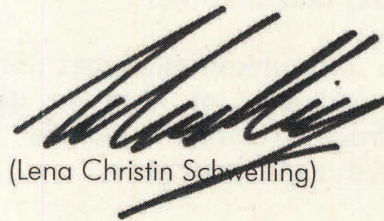

(Dr. Richard Böker)

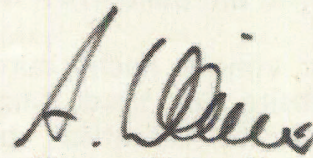

(Michael Joukov)

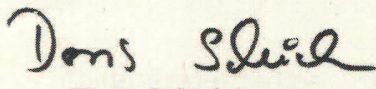

(Denise Elisa Niggemeier)


(Lisa-Marie Oelmayer)


(Sigrid Räkel-Rehner)


(Lena Christin Schwelling)


(Annette Weinreich)


(Doris Schiele)


(Uwe Peiker)

4

Stadt Ulm
Zentrale Dienste
Eing. **21. Jan. 2015**
Tgb.-Nr. 11/4
Bearb. Stelle OB, OB16

FAX: BMA, 2, 3

ZD

BD

Fk.

FWG

SPD

GRÜNE

FDP

Linke

CDU-Fraktion
GRÜNE Fraktion Ulm³

Ulm, 20.01.2015

CDU-Fraktion Ulm & GRÜNE Fraktion Ulm³, Marktplatz 1, 89073 Ulm

Herrn OB Gönner
per E-Mail
Kopie: an die regionalen Medien

erledigt 21/01.2015
of.

Einführung eines Mängelmelders

OB16

Sehr geehrter Herr OB Gönner,

in der heutigen Zeit kann man mit neuen digitalen Möglichkeiten unkompliziert Bürgerbeteiligung schaffen und damit aufmerksamen BürgerInnen einen direkten Draht zur Stadt ermöglichen.

Der sogenannte „Mängelmelder“ gibt den BürgerInnen die Möglichkeit direkt Mängel an die Kommune (also die Stadtverwaltung) zu melden, wobei der Mangel noch in unterschiedliche Kategorien eingeteilt und mit einem genauen Standort in einer Übersichtskarte der Stadt hinterlegt wird.

Der Wohlfühlfaktor für die BürgerInnen steigt ungemein, weil sie damit direkt beteiligt werden. Sie oder er meldet dabei direkt an die Stadt, was stört: Liegt Müll achtlos in der Umwelt herum? Ist ein Schlagloch vorhanden, das sie jeden Tag auf dem Weg zur Arbeit ärgert? Ist ein Spielplatzgerät defekt? Das Positive daran: je früher ein Hinweis an die Stadt gegeben wird, desto schneller kann diese tätig werden.

Dabei muss das Rad nicht neu erfunden werden. Die Stadt Friedrichshafen und der Bodenseekreis nutzen diese digitale Möglichkeit ausgiebig (<https://sags-doch.de/>)

Dabei ist jedoch von entscheidender Bedeutung, dass die internen Prozesse so organisiert sind, dass auch eine Reaktion auf die Meldung der Mängel erfolgt, sonst ist das ganze eher kontraproduktiv.

Wir bitten die Verwaltung um die Umsetzung eines Mängelmelders für die Stadt Ulm nach dem System der Stadt Friedrichshafen und des Bodenseekreises.

Mit freundlichen Grüßen

Für die CDU-Fraktion:

gez.

Dr. Graf, Dr. Kienle, Münch, Dr. Roth, Schuler, Schmauder

Für die **GRÜNE** Fraktion Ulm³:

gez.

**Dr. Böker, Joukov, Niggemeier, Räkel-Rehner, Schäfer-Oelmayer,
Schwelling, Weinreich**

Stadt Ulm
Zentrale Dienste

Eing. **13. März 2015**
Tgb.-Nr. **II/54**
Bearb. Stelle _____

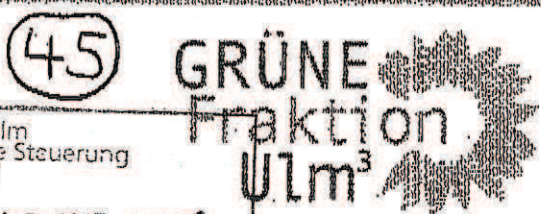
Fax: **BIM 1, 2, 3**
OB/B
ZS/IT
ZD/OA

Fk: **FWG**
CDU
SPD
FDP
Linke

Stadt Ulm
Zentrale Steuerung
Team IT

Eing.: **16. MRZ. 2015**

erl. **13.3.15.**



Marktplatz 1, 89073 Ulm
Tel. 0731 161-1096
Fax 0731 161-1097
gruene-fraktion@ulm.de
www.gruene-fraktion-ulm.de


GRÜNE Fraktion Ulm³, Marktplatz 1, 89073 Ulm

Herrn OB Gönner
per E-Mail, Kopie: an die regionalen Medien

Mu **Ulm, 13.03.2015**

Online-Petitionen

OB/B
Frau Tewel,
Stein



Dr. Richard Böker

Sehr geehrter Herr OB Gönner,

jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten und Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden. (Artikel 17 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland)

Die Stadt Ulm hat nun die Möglichkeit einen weiteren Meilenstein in das Thema 2.0 zu setzen und eine Plattform für Online-Petitionen zu schaffen. Diese erfreuen sich auch hier einer stark wachsenden Beliebtheit und bieten uns die Möglichkeit, eine noch bessere und aktive Bürgerbeteiligung einzuführen.

Mittels einer Petition können sich BürgerInnen mit Forderungen und Vorschlägen direkt an die Politik wenden. Gegenstand einer Petition kann grundsätzlich alles sein, was Handlungen oder auch Unterlassungen städtischer Ämter oder Einrichtungen betrifft. Das kann z. B. ein Grundsatzbeschluss im Stadtrat sein, vor allen Grundschulen und Kindertagesstätten die Tempo - 30 - Zone zu prüfen und wenn möglich umzusetzen.

Die Stadt Leipzig geht seit 2015 diesen Weg und setzt neue Maßstäbe bei der BürgerInnen-Nähe. Seit Januar können BürgerInnen ihre Forderungen über das Ratsinformationssystem schriftlich und online einbringen.

Die GRÜNE Fraktion Ulm³ beantragt, ein Konzept für die Einführung der Online-Petition in Ulm zu erarbeiten.

Mit freundlichen Grüßen
für die GRÜNE Fraktion Ulm³

D. Niggemeier
(Denise Elisa Niggemeier)

M. Joukov
(Michael Joukov)

Lena Christin Schwelling
(Lena Christin Schwelling)



Michael Joukov



Denise Niggemeier



Lisa-Marie Oelmayer



Sigrid Häkel-Rehner



Birgit Schäfer-Oelmayer



Lena Christin Schwelling



Annette Weinreich

52

Stadt Ulm
Zentrale Dienste
Eing. 25. März 2015
Tgb.-Nr. 11/63
Bearb. Stelle

FAX: BMA 2, 3
OBIB
FWG
CDU
SPD
FDP
Linke

GRÜNE
Fraktion
Ulm³

GRÜNE Fraktion Ulm³, Marktplatz 1, 89073 Ulm

OB, OBIG

erledigt
25.03.2015

Marktplatz 1, 89073 Ulm
Tel. 0731 161-1096
Fax 0731 161-1097
gruene-fraktion@ulm.de
www.gruene-fraktion-ulm.de

Herrn OB Gönner
per E-Mail,
Kopie: an die regionalen Medien

Ulm, 24.03.2015

Elektronisches Anfragenarchiv

Sehr geehrter Herr OB Gönner,

für die Stadt Ulm ist es vorbildlicher Weise ganz selbstverständlich, dass alle in Rats- und Ausschusssitzungen behandelten Unterlagen und Ergebnisprotokolle ins Ratsinformationssystem eingepflegt werden. So können die BürgerInnen recherchieren, was genau besprochen und beschlossen wurde. Das sorgt für leichtere Nachvollziehbarkeit der politischen Entscheidungen.

Unverständlicherweise wird dieses Niveau der Nachvollziehbarkeit bei Anfragen von Fraktionen und den Antworten durch die Stadtverwaltung darauf bisher nicht erreicht. Diese Dokumente werden lediglich an die Fraktionen geschickt und nicht elektronisch erfasst. BürgerInnen haben keinen Zugriff auf diese Dokumente, neue Ratsfraktionen ebenfalls nicht. Selbstverständlich haben nichtöffentliche Schreiben auch weiterhin vertraulich zu bleiben.

Die Anfragen und Stellungnahmen enthalten wichtige Informationen und tragen zur politischen Meinungsbildung bei. Ein durchsuchbares Archiv macht diese Informationen besser nutzbar, in der Vergangenheit schon einmal erfragte Informationen sind direkt verfügbar, doppelte Anfragen werden vermieden und so Arbeit sowohl in den Fraktionen als auch in der Verwaltung gespart. Überdies können sich die BürgerInnen selbst ein Bild von der Arbeit ihrer Vertreterinnen und Vertreter im Gemeinderat machen.

Ein solches Archiv könnte mit geringem Aufwand umgesetzt werden, vermutlich kann dazu ebenfalls das Ratsinfosystem verwendet werden.

Die **GRÜNE** Fraktion Ulm³ bittet die Verwaltung Anfragen der Fraktionen und die dazu gehörigen Stellungnahmen in maschinenlesbarer Form in ein öffentliches elektronisches Archiv einzupflegen. Dabei sollten zumindest alle Anfragen und Stellungnahmen, die seit Beginn der aktuellen Wahlperiode eingegangen sind, in dieses Archiv eingepflegt werden.

Mit freundlichen Grüßen, für die **GRÜNE** Fraktion Ulm³

D. Niggemeier
(Denise Elisa Niggemeier)

M. Joukov
(Michael Joukov)

R. Böker
(Dr. Richard Böker)



Dr. Richard Böker



Michael Joukov



Denise Niggemeier



Lisa-Marie Oelmayer



Sigrid Räkel-Rehner



Birgit Schäfer-Oelmayer



Lena Christin Schwelling



Annette Weinreich

Zentrale Dienste
 Eing. **27. April 2015**
 Tgb.-Nr. **II/83**
 Bearb. Stelle _____

Fax: BM 1,2,3

ZSIT
OBIB

70

CDU

Fk: FWG
SPD
GRÜNE
FDP
Linke

H. Quirin
F. Kimm

CDU-Fraktion Ulm
Rathaus - Marktplatz 1
89073 Ulm
Fon 0731/618220
Fax 0731/61299
cd-fraktion-ulum@online.de

CDU-Fraktion Ulm - Rathaus - Marktplatz 1 - 89073 Ulm

Herrn
Oberbürgermeister Ivó Gönner
Rathaus Ulm

erl. 27.4.15

Per email

OBIB

WV/ku

Ulm, den 24.04.2015

27. APR 2015

Entwicklung Stadt Ulm im Bereich Informationstechnologien

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Digitalisierung schreitet in allen Bereichen unseres Lebens weiter voran und auch die Stadt Ulm ist auf dem Weg die Chancen, die sich dadurch ergeben, zu nutzen. Wir begrüßen sehr, dass Ulm damit an der Spitze der Kommunen in Bezug auf nützliche, innovative und kreative Entwicklungen steht.

Durch den Einsatz von IT können Abläufe für Mitarbeiter effektiver gestaltet, Kosten reduziert und der Service für den Bürger erhöht werden. So bieten beispielsweise E-Government-Anwendungen die Möglichkeit, die Abwicklung von behördlichen Vorgängen zunehmend auch online vorzunehmen.

Die folgenden Vorschläge sehen wir als Ergänzungen zum Gesamt-IT-Konzept der Stadt Ulm:

1. Die begonnene **elektronische Archivierung** in Stadtarchiv, Bibliothek und Ulmer Museum sollte konsequent umgesetzt werden. Neben Platzersparnissen ist eine Konservierung, Sicherung und Ordnung des Stadtwissens und historischer Schriftstücke eine Aufgabe, die uns die kommenden Generationen danken werden. Wir bitten Sie insbesondere auch im Bereich des Designs und der figürlichen Sammlungstücke, die notwendige Soft- und Hardware, Vermessungskameras und 3-D-Drucker zum Einscannen, Reproduzieren und Ausdrucken den Abteilungen zur Verfügung zu stellen.
2. Ein wichtiger Teil eines städtischen IT-Konzeptes sollte auch die Zugangsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger und auch der Unternehmen zu **schnellem Breitband** beinhalten. Wir bitten Versorgungslücken, soweit vorhanden, zu schließen
3. Da es immer noch Menschen gibt, die zu Hause keine Möglichkeit der Internetnutzung haben oder es sich nicht leisten können, halten wir es für sinnvoll, Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zum Netz z.B. auch in Bürgerzentren zu schaffen.



Dr. Thomas Gienle



Dr. J. W. Roth



Dr. Karin Geisel



Manfred Wapler



Barbara Mörch



Siegfried Kasper



Dr. Hermann Heß



Sabine Schuler



Wolfgang Schmalzer



4. Um junge Menschen zu motivieren ihre Medienkompetenz zu erweitern, und dazu zählen z. B. auch Kenntnisse in der Softwareprogrammierung, könnte die Stadt beispielweise in Kooperation mit dem Unternehmensnetzwerk «nanuu» einen **Preis für kreative IT-Anwendungen** ausschreiben. Zielgruppe könnten Schüler von Arbeitsgemeinschaften oder Informatikkursen sein, die durch IT-Unternehmen bzw. die Hochschulen unterstützt würden.
5. Ein großer Vorteil digitaler Medien ist die schnelle und vergleichsweise günstige Bereitstellung von Informationen für die Bürgerinnen und Bürger. Deshalb bitten wir zu prüfen, mit welchem Aufwand ergänzend zu der üblichen Öffentlichkeitsarbeit ein **elektronischer Newsletter** eingerichtet werden könnte. Aus unserer Sicht könnten Bürgerinnen und Bürger so leicht noch besser über neue Angebote und Veränderungen innerhalb der Stadt Ulm informiert werden. Wir denken dabei an Terminhinweise, Informationen zu Beteiligungsprojekten ebenso wie die Eröffnung eines Familienzentrums oder die Einführung von Elterngutscheinen.
6. Information ist außerdem die Grundlage der Partizipation, deshalb halten wir es für hilfreich, wenn **Protokolle von öffentlichen Sitzungen** des Gemeinderates und der Fachbereichsausschüsse über die schon bestehende Bürgerinformationsseite öffentlich zugänglich gemacht werden.
7. **Partizipation heißt auch angereicherte Information.** Nach dem erfolgreichen Pilotversuch am Ulmer Theater und am Ulmer Museum bitten wir Sie, die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt insbesondere bei größeren oder absehbar umstrittenen Projekten mit Hilfe von Visualisierungen von Projektplänen und Animationsfilmen durch die Technik der sogenannten „augmented reality“ zu verstärken. Diese Technik sollte auch zu Dokumentationszwecken und zur Wiederbelebung historischer Wirklichkeit eingesetzt werden. Bitte legen Sie hier einen abteilungsübergreifenden Einsatzkatalog mit notwendigen Kostenannahmen vor.
8. Die Stadt Ulm plant im Moment schon ein Konzept für die Umsetzung von Hotspots, mit welchen den Bürgern kostenfreies WLAN zur Verfügung gestellt werden kann. Wir bitten um Mitteilung, wie weit dieses schon umgesetzt worden ist und wo die Hotspots platziert werden sollen. Es wäre wichtig, dass zentrale Punkte in Ulm hier abgedeckt werden. Nicht nur für die Bürger der Stadt, sondern auch für Touristen ist dies ein toller Service, da sie so auch auf die Apps von Ulm und QR-Codes vor Ort zugreifen und sich so über die Stadt informieren können. Die Frage der Störerhaftung ist auch kein Problem, wenn sich vorher alle Nutzer registrieren müssen. Andere Städte in Baden-Württemberg wie bspw. Mannheim bieten diese Leistung bereits an. Wir unterstützen daher die schnelle Realisierung dieses Projektes.

Mit freundlichen Grüßen
Für die CDU Fraktion

Dr. Thomas Kienle

Barbara Münch

Wolfgang Schmauder

CDU-Fraktion Ulm
Rathaus · Marktplatz 1
89073 Ulm

Telefon 0731.618220
Telefax 0731.61299

www.cdu-fraktion-ulm.de
cdu-fraktion-ulm@t-online.de

76

29 April 2015

11/89

OB, OB/G

GRÜNE Fraktion Ulm³, Marktplatz 1, 89073 Ulm

Herrn OB Gönner
per E-Mail,
Kopie: an die regionalen Medien

Informationsfreiheitsgesetz

Sehr geehrter Herr OB Gönner,

das Recht auf Information durch öffentliche Stellen hat in vielen Demokratien eine lange Tradition. Schon 1766 wurde in Schweden das Öffentlichkeitsprinzip eingeführt. Viele Staaten, insbesondere im angelsächsischen Raum, haben dieses Prinzip übernommen und zum Teil in ihren Verfassungen verankert.

Die Bundesrepublik Deutschland war hier lange Zeit Schlusslicht und pflegte weiter das Amtsgeheimnis, so dass die Öffentlichkeit keine Chance hatte, an amtliche Informationen zu gelangen. Dazu gehören zum Beispiel Informationen aus der örtlichen Verkehrsplanung, Kulturpflege und Berufsschulwesen um nur einen kleinen Teil zu nennen.

Im Jahre 1998 wurde dann zum ersten Mal in Brandenburg ein Informationsfreiheitsgesetz eingeführt, welches den Bürgerinnen und Bürgern ein umfassendes Recht auf Information einräumte. Auf Bundesebene wurde 2006 dann ein Informationsfreiheitsgesetz eingeführt. Zur Zeit haben 11 von 16 Bundesländern ein Informationsfreiheitsgesetz. Das Land Baden-Württemberg gehört noch nicht dazu, Pläne der GRÜN/roten Landesregierung liegen allerdings vor.

Es ist für die Universitätsstadt Ulm jedoch trotzdem möglich, ihren BürgerInnen ein Informationsrecht und somit ein demokratisches Kontroll- und Mitgestaltungsrecht für alle BürgerInnen durch eine eigene Informationsfreiheitsatzung einzuführen. Dieses wird in immer mehr Städten durchgeführt, unter anderem in Göttingen oder München¹. Solch eine Satzung ermöglicht den BürgerInnen ein einklagbares Recht auf Zugang zu amtlichen Informationen im Wirkungskreis der Universitätsstadt Ulm. Dazu stärkt eine Informationsfreiheitsatzung die demokratischen Informations- und Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger, macht Entscheidungsprozesse und die Verwaltung in der Kommune transparent.

FAX: BM1,2,3
2D
OB/B
FWG
CDU
SPD
FDP
Linke
erledigt 29. 04.15

GRÜNE
Fraktion
Ulm³

Marktplatz 1, 89073 Ulm
Tel. 0731 161-1096
Fax 0731 161-1097
gruene-fraktion@ulm.de
www.gruene-fraktion-ulm.de

Ulm, 28.04.2015



Dr. Richard Boker



Michael Joukov



Denise Niggemeier



Lisa-Marie Oelmayer



Sigrid Räkel-Rehner



Birgit Schäfer-Oelmayer



Lena-Christin Schwelling



Annette Weinreich

OB/B

Die **GRÜNE** Fraktion Ulm³ bitte die Verwaltung, die Erstellung einer Informationsfreiheitssatzung zu prüfen und das Ergebnis der Prüfung mitzuteilen.

Die Informationsfreiheitssatzung soll folgende Elemente enthalten:

- Zweck der Informationsfreiheitssatzung ist es, jedem freien Zugang zu den amtlichen Informationen zu gewähren, die bei der Wissenschaftsstadt Ulm in ihrem Wirkungskreis vorhanden sind.
- Um den individuellen Aufwand möglichst gering zu halten, sollen alle amtlichen Informationen soweit möglich auf offiziellen Internetseiten der Stadt maschinenlesbar veröffentlicht werden.
- Sollte die Veröffentlichung von Informationen nicht möglich sein, so können diese formlos angefragt werden.
- Ausnahmen vom Recht auf Gewährung von Informationen sind zulässig, soweit diese dem Datenschutz dienen. Eine Ablehnung ist zu begründen und den Anfragenden mitzuteilen. Es hat eine Abwägung zwischen öffentlichem Interesse und Datenschutzinteressen stattzufinden. Soweit durchführbar, sind den Anfragenden Teilauskünfte zu erteilen.
- Bei der Erstellung von amtlichen Informationen soll zukünftig darauf geachtet werden, veröffentlichbare und nichtveröffentlichbare Teile zu trennen.
- Die Wissenschaftsstadt Ulm verpflichtet sich, eine zentrale Anlaufstelle für Informationsfreiheitsanfragen einzurichten.
- Die Wissenschaftsstadt Ulm verpflichtet sich, ein maschinenlesbares Dokumentenregister anzulegen und im Internet öffentlich zugänglich zu machen.
- Falls für die Beantwortung der Anfragen Verwaltungskosten anfallen, können Gebühren erhoben werden. Diese Gebühren sollen so bemessen sein, dass sie den Aufwand zu großen Teilen decken, jedoch keine Barriere darstellen. Einfache Anfragen haben kostenlos zu sein. Die/der Anfragende muss über die Höhe der Gebühren vorab informiert werden.

Die **GRÜNE** Fraktion Ulm³ bedankt sich in Voraus für die sehr umfangreichen Arbeiten der Verwaltung der Stadt Ulm und verbleibt mit freundlichen Grüßen.

Für die **GRÜNE** Fraktion Ulm³


(Denise Elisa Niggemeier)


(Birgit Schäfer-Oelmayer)


(Sigrid Räkel-Rehner)

¹ Informationsfreiheitssatzung der Stadt München
(http://www.muenchen.de/rathaus/dms/Home/Stadtfinfos/38_20110209/38_20110208.pdf)

Zentrale Dienste
 Eing. 05. Mai 2015
 Tgb.-Nr. II/91
 Bearb. Stelle OB, OB/G

Fax: BWA, 2,3
 251F
 OB/G
 251T

GRÜNE
 Fraktion
 Ulm³

78

FK: FWG
 CDU
 SPD
 FDP
 Linke
 el. 55:15
 OB/G

GRÜNE Fraktion Ulm³, Marktplatz 1., 89073 Ulm

Marktplatz 1, 89073 Ulm

Tel. 0731 161-1096

Fax 0731 161-1097

gruene-fraktion@ulm.de

www.gruene-fraktion-ulm.de

Herrn OB Gönner

per E-Mail, Kopie: an die regionalen Medien

Ulm, 05.05.2015

Visualisierung des Haushaltes der Stadt Ulm

Sehr geehrter Herr OB Gönner,

für BürgerInnen der Stadt Ulm, die sich nur selten bzw. themenbezogen mit der Kommunalpolitik befassen, ist es fast unmöglich, sich in akzeptabler Zeit auf einen aktuellen Sachstand bezüglich der Haushaltssituation zu bringen. Als Hilfsmittel stehen dabei das Ratsinformationssystem, die Homepage der Stadt oder der Anruf bei der Fachabteilung zur Verfügung. Alle drei Wege setzen jedoch bereits ein solides Grundwissen voraus, um nicht an der ersten Hürde zu scheitern.

Doch die entscheidende Frage: „Wofür gibt Ulm im Detail eigentlich wie viel Geld aus?“ kann von der Mehrzahl der EinwohnerInnen unserer Stadt nicht beantwortet werden und im Zweifelsfall wüssten die Menschen vermutlich auch nicht, wie man an diese Informationen kommen könnte.

Zwar findet sich die Antwort theoretisch im Haushalt, den die Kämmerei veröffentlicht - doch wer hat schon Zeit, und Fachwissen, um ein hunderte Seiten langes Fachdokument durchzuarbeiten? Genau diesem Informationsdefizit kann man durch die Freigabe der Haushaltsdaten entgegenwirken.

Dabei muss das Rad nicht neu erfunden werden, das Projekt „Offener Haushalt“ kann den Haushalt visualisieren. Die Daten werden dabei in eine optische Größenrelation und einen Jahresvergleich von Konten dargestellt. Dies würde eine erhebliche Verringerung der Zugangshürde sowohl für interessierte BürgerInnen als auch für RatsmitgliederInnen und fachfremde Verwaltungsangestellte bedeuten.

Auf der öffentlichen Plattform „Offener Haushalt“ wird heute schon der Haushalt einiger Kommunen in optisch ansprechender und interaktiver Aufbereitung dargestellt[1]. Damit schaffen wir für BürgerInnen mehr Transparenz und ermöglicht eine verständliche Übersicht wie die Stadt Ulm ihre Haushaltsmittel einsetzt.



Dr. Richard Böker



Michael Joukov



Cense Niggemeler



Lisa-Marie Oelmayer



Sigrüd Bäkel-Rehner



Birgit Schöfer-Oelmayer



Lena-Christin Schwalling



Annette Wehnreich

Die GRÜNE Fraktion Ulm³ beantragt bei der Verwaltung folgende Eckpunkte zu überprüfen und realisieren:

1. Die Haushaltsdaten jährlich nach Verabschiedung des Haushaltes in einem offenen, maschinenlesbaren Format unter einer frei nutzbaren Lizenz bereit zu stellen
2. Die Visualisierung des Haushalts im Rahmen des Open Data-Projektes „Offener Haushalt“ vorzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

für die GRÜNE Fraktion Ulm³

D. Niggemeier
(Denise Elisa Niggemeier)

B. Schäfer-Oelmayr
(Birgit Schäfer-Oelmayr)

L. Schwelling
(Lena Christin Schwelling)

[1] <http://www.offenerhaushalt.de>